

zidiert von formellen Bildungsstrukturen und -institutionen, so dass konsequenterweise auch andere Formen von Lerntechnologie benötigt werden. Organisatorisch kann sich lebenslanges Lernen auf die Konzepte „Learning Community“ und „Lernnetzwerk“ stützen. Zur Umsetzung eignen sich Werkzeuge und Technologien wie Weblogs, ePortfolios, Wikis, RSS, Mashups und Service-orientierte Architekturen, die allesamt kurz vorgestellt werden. Daran anknüpfend wird ein Vorgehensmodell zur Entwicklung service-orientierter Architekturen für Lernnetzwerke skizziert, bevor der Beitrag mit einem Ausblick auf die Forschungsfragen schließt, die aktuell im EU-Förderprojekt „TENCompetence“ diskutiert werden.

Liebe zum Wissen – Das studentische Projekt Knowledgebay zwischen Institution und Initiative ist die Überschrift zum Interview mit Hanna Knäusl und Thomas Sporer, das den Sammelband abschließt. Im Mittelpunkt steht hier die Frage, was Studierende motivieren könnte, sich an einem nicht-institutionalisierten Multimediaprojekt zu beteiligen. Vor diesem Hintergrund wird der Verlauf des Projekts und des einhergehenden „Community-Buildings“ samt der positiven wie negativen Neben- und Folgeeffekte beschrieben.

Der Sammelband bietet einen guten Überblick über verschiedene Facetten eines hochaktuellen Themas. In der derzeitigen Diskussion um „E-Learning 2.0“ werden Konzepte wie kollaboratives Lernen und Online-Gemeinschaften immer wichtiger. In den verschiedenen Beiträgen werden die einschlägigen Werkzeuge zur Umsetzung dieser Konzepte in formellen und in informellen Lernkontexten betrachtet. Inhalt und Vorgehensweise orientieren sich dabei stark an der Technologie. Ein enger Bezug zu Lehr- und Lernprozessen wird dadurch leider nur in wenigen Beiträgen herausgearbeitet. Speziell beim Thema Communities hätte sich zudem der Brückenschlag zur Sozialpsychologie angeboten. Die Forschung zu onlinebasierten Lerngemeinschaften mit Web 2.0 und Social Software steckt momentan noch in den Kinderschuhen, so dass es zunächst einmal um eine Sammlung und Systematisierung von Ideen und Implementierungen geht. Diese ist im Buch von Dittler, Kindt und Schwarz – trotz des recht heterogenen Beitragsspektrums – alles in allem gut gelungen.

Marc Egloffstein

Patrick Donges (Hrsg.)

Von der Medienpolitik zur Media Governance?

Köln: Halem, 2007. – 268 S.

ISBN 978-3-938258-02-6

Die Governance-Perspektive, die in den letzten zehn Jahren immer stärker in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft) und bald auch in der Medienwissenschaft Aufmerksamkeit gefunden hat, beschäftigt sich, ganz allgemein gesprochen, mit den Mustern sozialer Handlungsabstimmung – anders gesagt: mit sozialer Ordnung. Es geht ihr aber erstens nicht um die grundsätzliche sozialtheoretische Frage, wie soziale Ordnung überhaupt möglich ist, sich herstellt und reproduziert oder auch verändert, sondern stets um spezifische Ordnungsmechanismen, wie etwa Märkte, Hierarchien, Gemeinschaften oder Netzwerke, sowie um oftmals sehr komplexe Kombinationen solcher elementarer Mechanismen der Ordnungsbildung. Zweitens betrachtet die Governance-Perspektive solche spezifischen sozialen Ordnungen unter einer Gestaltungsperspektive: Wie können Akteure – sei es außerhalb der betreffenden Ordnung stehende, sei es in ihr befindliche und damit ihr erst einmal unterworfen – eine bestimmte Ordnung aufrechterhalten, gezielt verändern oder auch überhaupt erst herstellen? Anders als die steuerungstheoretische Perspektive, die in der Politikwissenschaft der Governance-Perspektive vorausgegangen ist, rechnet Letztere allerdings – in der Sprache Ersterer formuliert – systematisch nicht nur mit einer Pluralität von Steuerungsobjekten, sondern auch mit einer Pluralität von Steuerungssubjekten, die sich mehr oder weniger mit den Steuerungsobjekten decken können. Auf diese Weise nimmt die Governance-Perspektive eine Dezentrierung der analytischen Beobachtungsrichtung vor. Der sozialwissenschaftliche Beobachter identifiziert sich nicht mehr mit irgendeinem der Gestaltungsakteure, vorzugsweise einem staatlichen Akteur, sondern nimmt die betreffende soziale Ordnung gleichsam aus der Vogelperspektive als Kräftefeld in den Blick. Die Governance-Perspektive betrachtet also eine soziale Ordnung als Akteurkonstellation im Hinblick auf tatsächlich geschehende oder mögliche multiple Bestrebungen intentionaler Gestaltung. Da-

mit akzentuiert die Governance-Perspektive auch die genuin politische Seite des Geschehens. So auf die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen zu blicken, betont den Kampf über die Durchsetzung von Ordnungsvorstellungen, der sich in Interessen- und Einflusskonstellationen vollzieht.

In Teilen der Governance-Diskussion wird „Governance“ gegen „Government“ gestellt. Das entspricht dem Ursprung des Interesses vieler Beobachter politischer Gesellschaftsgestaltung, die in den vergangenen Jahrzehnten registriert haben, dass eine etatistisch-hierarchische Politik in den meisten Politikfeldern abgedankt hat; bei genauerem Hinsehen hat es sie in nicht wenigen Feldern nie gegeben. Die Delegation politischer Aufgaben an nicht-staatliche Akteure sowie deren Einbeziehung in Verhandlungsnetzwerke bis hin zu korporatistischen Gremien politischer Entscheidungsfindung legen als empirische Phänomene nahe, theoretisch von „Government“ auf „Governance“ umzuschalten. Man mag dann, wie es Wolfgang Streeck kürzlich in einem Vortrag getan hat, die Governance-Perspektive als „Schwundstufe“ der Steuerungs-Perspektive kategorisieren, also darin einen für die Gesellschaft bedenklichen Verlust staatlicher Gestaltungskraft sehen. Ob das tatsächlich der Fall ist, lässt sich allerdings erst dann ermesen, wenn man im Einzelfall oder auch als durchgängigen Trend ausgeschlossen hat, dass eine nicht-etatistische Politik dem Staat nicht sogar zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, weil er die Gestaltungspotentiale nicht-staatlicher Akteure vor seinen Karren zu spannen in der Lage ist. Dies scheint mir eine empirisch noch offene Frage zu sein, hinsichtlich derer es darauf ankäme, die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure in die politische Gesellschaftsgestaltung die gestalterische Rolle des Staates schwächt bzw. umgekehrt stärkt.

Die Medienpolitik ist ein Politikfeld, für dessen Analyse ein etatistisches Politik-Modell noch nie sehr weit geführt hat, weil es dort zu keinem Zeitpunkt der Realität entsprochen hat. Das Aufgreifen der Governance-Perspektive, wie es in dem hier besprochenen, von Patrick Donges herausgegebenen Sammelband dokumentiert wird, liegt also aus vielerlei gegenstandsbezogenen Gründen sehr nahe. Ich will nur drei Aspekte herausgreifen, die auch in dem Sammelband immer wieder zur Sprache

kommen. Erstens steht der Mediensektor, weil seine Leistungsorganisationen wie Zeitungen oder Rundfunksender maßgeblich die demokratische politische Öffentlichkeit artikulationsfähig machen, stets in einem Spannungsverhältnis zum Staat. Immer wieder sind staatliche Akteure – oder die politischen Parteien mittels des Staates – versucht, das ihnen mitunter höchst lästige Kritikpotenzial der Journalisten zu beschneiden; die Governance-Mechanismen, die im Einzelnen die Presse- und Rundfunkfreiheit ausgestalten, sind daher dauerhaft umkämpft. Zweitens ist der Mediensektor in den meisten Ländern seit langem durch eine Koexistenz öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter gekennzeichnet, wobei sich in Deutschland mit dem Aufkommen privater Rundfunksender vor gut zwanzig Jahren die Gewichte beider Teilsektoren erheblich verschoben haben. Beide Teilsektoren haben je eigene Governance-Regime, wie sich u. a. auch am Umgang mit dem ersten hier angesprochenen Aspekt ablesen lässt; und die Gewichtsverschiebung in Richtung privater Anbieter wirft zusätzliche Fragen der Governance auf – etwa die Frage, wie eine hinreichende Vielfalt an Qualitäts-Journalismus erhalten werden kann. Drittens schließlich ist mit dem Internet ein neues Verbreitungsmedium hinzugekommen, das neben anderen Funktionen inzwischen auch schon seit etlichen Jahren gesellschaftliche Öffentlichkeit mit konstituiert, in manchen nicht-demokratischen Staaten sogar mehr oder weniger die einzige verlässliche Quelle für öffentlich bedeutsame Informationen darstellt. Das Internet nun stellt als ein weltweit umspannendes soziales Gebilde, dessen Trägerschaft hochgradig amorph und damit wenig fassbar ist, ganz eigene Herausforderungen einer gezielten politischen Gestaltung.

Der vorliegende Sammelband widmet sich diesen und weiteren Themen der „Media Governance“ auf sehr informative Weise. Er handelt seinen Gegenstand nicht streng durchkomponiert ab, sondern setzt selektive Akzente, die sich vor allem aus der Aktualität bestimmter Themen herleiten. Man kann allerdings jeden Beitrag trotz – oder auch gerade wegen – seiner Fokussierung auf z. B. Urheberrechte, Medienkonzentration oder Medienethik auch als exemplarische Veranschaulichung einer Governance-Perspektive auf dieses Politikfeld lesen. Für eine solche Lektüre des Bandes erweist es sich ferner als ausgesprochen fruchtbar, dass

neben generelleren theoretischen Erörterungen von „Media Governance“ (siehe insbesondere die Beiträge von Donges und Gunnar Folke Schuppert) und empirischen Studien zu einzelnen Phänomenen auch erfahrungsgesättigte praxisnahe Stellungnahmen vorzufinden sind, die bis hin zur „Entscheidungshilfe“ (so ein Beitrag von Natascha Just et al. zur Spam-Regulierung) reichen.

Die Governance-Perspektive ist eben mit ihrem Interesse an Gestaltungsfragen immer schon nahe an einer Beratung der jeweiligen Gestalter und sollte das auch gar nicht verbergen. Das Stichwort „good governance“, das u. a. im Beitrag von Senta Pfaff mit Blick auf digitales Fernsehen fällt, flaggt diese normative und evaluative Ausrichtung der Perspektive aus. Solange solchen Politikempfehlungen eine analytische Durchdringung des jeweiligen Gegenstands vorausgeht und klar markiert wird, wo die nicht wertende Analyse aufhört und die Bewertung beginnt, ist daran nicht nur nichts auszusetzen, sondern eine für die Sozialwissenschaften wichtige Demonstration ihres gesellschaftlichen Nutzens jenseits reiner Grundlagenforschung festzumachen.

Auch wenn ich hier nur wenige der insgesamt vierzehn Beiträge des Bandes erwähnen konnte, verspreche ich demjenigen, der zu dem Band greift, eine durchgängig interessante und nutzbringende Lektüre. Donges hat, in Fortführung seiner bisherigen Forschungslinie, hier erneut ein für die Medienwissenschaft wichtiges Thema zur Diskussion gestellt und dazu kundige Beitragende versammelt. Für die weitere Beschäftigung mit „Media Governance“ ist damit ein starker Impuls gegeben; man darf gespannt sein.

Uwe Schimank

Katrin Döveling / Lothar Mikos / Jörg-Uwe Nienland (Hrsg.)

Im Namen des Fernsehvolkes

Neue Formate für Orientierung und Bewertung

Konstanz: UVK, 2007. – 317 Seiten

ISBN 978-3-86764-023-7

Die Palette der non-fiktionalen Angebotsformen des Fernsehens hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich verändert. Durch Real-Life-Soaps, Court-, Casting-, Makeover-,

Coaching- und Ranking-Shows sowie anderen Varianten hat sich nicht nur das Angebotspektrum erweitert, viele derartige Sendungen repräsentieren zudem neue Geschäftsmodelle, neue Formen intermedialer Kopplung und nicht zuletzt die Eröffnung neuer Nutzungsweisen des Programms durch die Zuschauer und Zuschauerinnen.

Diese Entwicklung stellt die Medien- und Kommunikationswissenschaft teils vor zahlreiche neue Fragen, teils verlangt sie eine Re-Evaluation älterer Erkenntnisse und Annahmen. Der Sammelband „Im Namen des Fernsehvolkes“ leistet hierzu wichtige Beiträge, hinterlässt aber insgesamt einen zwiespältigen Eindruck.

Der Haupttitel spielt unverkennbar auf Gerichtsshow an, die aber nur in zwei der zehn Beiträge (ohne die Einleitung) Gegenstand sind. Der Untertitel weitet die Perspektive auf die allgemeinen Themen „Orientierung und Bewertung“, wobei aber wesentliche Gegenstandsbereiche unberücksichtigt bleiben. Wichtige neue Fernsehangebote, die qualitativ neuartige mediale Erscheinungsformen von Orientierung und Bewertung repräsentieren, sind beispielsweise Coaching-Shows wie die „Super-Nanny“, Makeover-Shows wie „Einsatz in vier Wänden“, Ranking-Shows sowie nicht zuletzt unzählige Koch-Shows, in denen es weniger um die Vermittlung von Kochrezepten als (u. a.) von Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit bzw. um soziale Distinktionsstrategien geht.

Zu all diesen Angebotsformen gibt es keine Beiträge, stattdessen werden vier Formate bzw. Formattypen ausführlicher behandelt. Trotz des Untertitels „Vom Daily Talk zur Gerichtsshow“ behandelt der erste Beitrag von Lothar Mikos – von einigen wenigen Bemerkungen im Schlussabschnitt abgesehen – lediglich den mittlerweile schon älteren Formattyp der nachmittäglichen Talkshow, erst die beiden folgenden Texte beschäftigen sich tatsächlich mit Gerichtsshow als dessen fernsehhistorischem Nachfolger. Anschließend gibt es vier Beiträge über Casting-Shows, wobei es in drei Fällen um den prominentesten deutschen Vertreter dieses Subgenres geht, nämlich „Deutschland sucht den Superstar“, in einem um die österreichische Show „Starmania“. Weiter geht es mit zwei Texten über „Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“, den Abschluss des Bandes bildet ein Text über die viel diskutierte deutsche Version von „The Swan“, eine Makeover-Show,